

N I E D E R S C H R I F T

über die 34. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses

vom:	03.07.2002
von:	16:00 Uhr
bis:	17:55 Uhr
Ort:	Rathaus Siegen, Ratssaal

Anwesend waren:

I. Vom Haupt- und Finanzausschuss:

BM Stötzel, Ulf - als Vorsitzender
Bertelmann, Hans-Günter
Boller, Joachim
Dreisbach, Jürgen
Elter, Uwe
Fries, Traute
Holzäpfel, Prof. Dr., Heinz
Katz, Reinhilde - für Stv Schiemer, Hansgeorg bis 17.53 Uhr
Kirchhöfer, Karl Wilhelm
Köhl, Siegfried
Mues, Gunter
Rothenpieler, Wilhelm
Schiemer, Hansgeorg - ab 17.53 Uhr (Verschiedenes)
Schulte, Werner
Steuber, Burkhard - für Stv Moll, Ilona
Stötzel, Wolfgang

II. Beratende Mitglieder:

Walter, Klaus-Volker - ab 16.30 Uhr w. TOP 7

III. Von der Verwaltung:

StK Baumeister
StR Dr. Rohr
StBR Brune
Justitiarin Nölle
Städt. VR Dorsch
VA Schneider

Städt. VD Lehmann
Städt. VR Reisch
VA Hiller
Stl Engelmann
Insp.-Anw. Stahl
StAR Münker - als Schriftführerin

Nicht anwesend waren:

Stv Moll; Ilona

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

Die Ausschussmitglieder sind mit dem Vorschlag von Herrn Kirchhöfer einverstanden, Punkt 3 des nichtöffentlichen Teils (Zusammenschluss der Sparkasse Siegen und der Stadtparkasse Kreuztal) im öffentlichen Teil als Punkt 10 zu behandeln.

1. Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift

Zur Mitunterzeichnung wird Frau Fries bestimmt.

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom

Die Niederschrift wird bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

3. Fragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

Es liegen keine Anträge vor.

5. Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 GO NW**5.1. Computerclub für Senioren der VHS Siegen
Beschwerde gem. § 24 GO NW des Herrn Erich Balzer**

Vorlagennr. 2049/2002 - Vorlage vom 17.06.2002

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen bestätigt die Stellungnahme der Verwaltung und erklärt die Beschwerde des Herrn Balzer für erledigt.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**6. Verwendung der pauschalierten Zuweisung zur Förderung kommunaler Projekte der Entwicklungszusammenarbeit gemäß § 20 Abs 2 Nr. 4 Gemeindefinanzierungsgesetz 2001**

Vorlagennr. 2034/2002 - Vorlage vom 13.06.2002

- ◆ Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen nimmt die Berichte über die Verwendung der pauschalierten Zuweisung zur Förderung kommunaler Projekte der Entwicklungszusammenarbeit gemäß § 20 Abs. 2 Nr. 4 Gemeindefinanzierungsgesetz für das Jahr 2001 zur Kenntnis.

7. Verteilung der pauschalierten Zuweisung zur Förderung kommunaler Projekte der Entwicklungszusammenarbeit gem. § 20 Abs. 2 Nr. 4 Gemeindefinanzierungsgesetz 2002

Vorlagennr. 2035/2002 - Vorlage vom 13.06.2002

Herr Schulte erklärt, dass die CDU-Fraktion nicht bereit ist, der Vorlage in vollem Umfang zuzustimmen. Die Verwendungsnachweise (TOP 6) lassen nach Auffassung seiner Fraktion teilweise keinen unmittelbaren Zusammenhang mit Entwicklungsprojekten erkennen. Auch in dem Vorschlag für 2002 sind solche Maßnahmen enthalten bzw. werden bereits aus anderen Programmen gefördert. Insofern sind die Vorschläge ungleich gewichtet.

Die CDU-Fraktion beantragt, dem Beschlussvorschlag zu den Ziffern 7, 8, 9, 11 und 15 nicht zu folgen und die nicht verteilten Mittel zurückzugeben. Darüber hinaus sollen die Zuschussanträge künftig unmittelbar in der Verwaltung bearbeitet werden.

Herr Bürgermeister Stötzel wirft ein, dass nach Information des Kämmerers im Referentenentwurf des GFG für 2003 keine Fördermittel mehr vorgesehen sind.

Herr Dr. Stötzel hält einen formellen Beschluss für problematisch, weil die Anträge in keinem städtischen Gremium fachlich diskutiert wurden. Da die Erarbeitung eines Vorschlages auf das Eine-Welt-Forum delegiert wurde kommt seines Erachtens nur eine Kenntnisnahme in Betracht. Wenn eine fachliche Auseinandersetzung mit den einzelnen Anträgen für notwendig gehalten wird, könnte z. B. der Ausländerbeirat eingebunden werden.

Herr Boller teilt die Auffassung, dass die Anträge im Detail vom Haupt- und Finanzausschuss nicht beurteilt werden können. Die Delegation an das Eine-Welt-Forum wurde seinerzeit auf Grund der dort vorhandenen Fachkompetenz vorgenommen. Den Vorschlag der CDU-Fraktion empfindet er daher als Provokation gegenüber der Eine-Welt-Bewegung, zumal keine inhaltliche nachvollziehbare Begründung abgegeben wird.

Herr Kirchhöfer äußert Bedenken, einzelne Punkte auszuklammern, zumal es sich nicht um städtische Zuschüsse handelt. Auch vor dem Hintergrund, dass entsprechende Fördermittel in 2003 nicht mehr vorgesehen sind sollte der Ausschuss dem Verwaltungsvorschlag folgen.

Herr Bertelmann weist darauf hin, dass es sich seinerzeit im Gegensatz zu den aktuellen Anträgen um konkrete Aktionen in Dritte-Welt-Ländern gehandelt hatte. Da kein formeller Verwendungsnachweis zu führen ist, besteht auch keine Kontroll- oder Eingriffsmöglichkeit der Stadt. Dem Antrag der CDU-Fraktion möchte er so nicht folgen, hält aber auch eine inhaltliche Bewertung auf Basis der Vorlage für nicht möglich. Er bittet, über die einzelnen Punkte des CDU-Antrages getrennt abstimmen zu lassen.

Herr Dorsch weist darauf hin, dass der Maßnahme unter lfd. Nr. 15 ein Grundsatzbeschluss des Rates aus dem Jahr 2000 zu Grunde liegt.

Beschluss:

(gemäß Antrag der CDU-Fraktion):

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen beschließt,

- a) die pauschalisierte Zuweisung zur Förderung kommunaler Projekte der Entwicklungszusammenarbeit für das Jahr 2002 entsprechend dem Verwaltungsvorschlag mit Ausnahme der lfd. Nr. 7, 8, 9, 11 und 15 zu verteilen,

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (5 Stimmen dagegen - SPD, B 90),
1 Enthaltung (UWG)**

- b) die nicht verteilten Mittel an das Land NRW zurückzugeben,

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (1 Stimme dagegen - B 90)
(bei Nichtbeteiligung der Vertreter der SPD-Fraktion)

- c) künftig die Zuschussanträge ausschließlich in der Stadtverwaltung zu bearbeiten.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (1 Stimme dagegen - B 90),
4 Enthaltungen (SPD)**

8. Haushalt 2002

hier:

- a) **Genehmigung der 8. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 1994 für das Haushaltsjahr 2002**
- b) **Haushaltswirtschaftliche Teilsperre gem. § 28 GemHVO**

Vorlagenr. 2048/2002 - Vorlage vom 18.06.2002

Herr Baumeister führt zur *Haushaltsgenehmigung* aus, dass er darin einen Hinweis auf die besonderen Ursachen der negativen Entwicklung, insbesondere auf die erheblichen Einnahmeverluste, gewünscht hätte. Darüber hinaus fällt die Diskrepanz zwischen den sehr detaillierten Einsparhinweisen einerseits und die Größenordnung der angekündigten Erhöhung der Kreisumlage andererseits ins Auge. Handlungsbedarf sieht er bei der Grundsteuer B, der Einbeziehung der freiwilligen Leistungen in Form von Zuschüssen sowie der Vermeidung einer Nettoneuverschuldung im Vermögenshaushalt.

Bezug nehmend auf die verfügte *haushaltswirtschaftliche Teilsperre* macht er darauf aufmerksam, dass diese auf Grund des geringen disponiblen Anteils in der Gesamtbetrachtung nur einen kleinen Beitrag erbringen kann, aber dennoch vor dem Hintergrund der Gesamthaushaltsslage erforderlich ist. Ausgleichsmöglichkeiten sind bei Benennung geeigneter Deckungsvorschläge zwar zulässig, werden aber einer genauen Überprüfung unterzogen. Die Bestrebungen der Fachausschüsse, ihren Bereich von der Haushaltssperre auszunehmen sind aus fachlicher Sicht nachvollziehbar, aber der Gesamtverantwortung für den städtischen Haushalt unterzuordnen. Auch die Konsolidierungsbeiträge der Vereine und Verbände in Form gekürzter Zuschüsse sind der Höhe nach vertretbar, da keine Organisation in ihrer Arbeit gefährdet wird.

Herr Kirchhöfer macht bezüglich der freiwilligen Zuschüsse darauf aufmerksam, dass diese in den letzten Jahren nicht erhöht wurden und somit die allgemeinen Preissteigerungen unberücksichtigt geblieben sind. Eine Reduzierung könnte bereits kalkulierte Projekte gefährden. Des weiteren ist es ein besonderes Anliegen, dass die Vereine zur Entlastung der Stadt bestimmte Aufgaben, wie z. B. die Unterhaltung der Sportanlagen, übernehmen. Er regt daher an zu überprüfen, ob die freiwilligen Zuschüsse nicht doch ausgeklammert werden sollten. Hinsichtlich der Minderausgaben

in den übrigen Bereichen ist er bisher davon ausgegangen, dass diese dem Gesamthaushalt zu Gute kommen und nicht als Deckung für andere Maßnahmen zur Verfügung stehen.

Die SPD-Fraktion wird in der Sitzung des Rates abschließend Stellung nehmen.

Auch Herr Mues sieht einen gewissen Widerspruch zwischen der Stellungnahme des Kreises und der angekündigten Erhöhung der Kreisumlage, bei der auch noch die Erhöhung der Landschaftsumlage zu berücksichtigen sein wird.

Der Hinweis ist zutreffend, dass die Vereine mit der Gewährung der städtischen Zuschüsse rechnen. Da jedoch mehrfach auf die Möglichkeit einer Haushaltssperre hingewiesen wurde, konnte dies auch in der Öffentlichkeit nicht unbeachtet bleiben. Die Herausnahme einzelner Bereiche mag aus fachlicher Sicht berechtigt sein, sollte aber im Interesse des Gesamthaushaltes nicht erfolgen. Die CDU-Fraktion wird der Verfügung des Kämmerers uneingeschränkt zustimmen.

Herr Bertelmann hält primär die Fehlbetragsentwicklung in den folgenden Jahren für besorgniserregend. Die Haushaltssperre in einer Größenordnung von rd. 1,5 Mio. Euro stellt vor diesem Hintergrund nur einen kleinen Einschnitt dar. Er hat den Eindruck, dass die sich abzeichnende Haushaltslage nicht hinreichend beachtet wird. Der Bereich der freiwilligen Leistungen wird seiner Einschätzung nach nicht mehr unberücksichtigt bleiben können. Insofern ist die Verfügung des Kämmerers für die UWG-Fraktion nachvollziehbar. Problematisch sind die Einsparungen im Bereich der Bauunterhaltung, da diese wiederum einen steigenden Instandsetzungsbedarf zur Folge haben werden. Die Aufhebung der Sperre für die freiwilligen Zuschüsse wäre auch aus Sicht der UWG-Fraktion wünschenswert, ist aber angesichts der prognostizierten Entwicklung nicht möglich. Dennoch regt er an, ggf. im Einzelfall eine Ausnahme zuzulassen, wenn besondere Umstände dies erfordern.

Herr Boller gibt zu bedenken, dass die Haushaltssperre in manchen Bereichen auf Grund eines erhöhten Personal- bzw. Kostenaufwandes kontraproduktiv sein könnte. Als Beispiel führt er mit Energieeinsparungen verbundene Bauunterhaltungsmaßnahmen an. Er bemängelt, dass weder von der Verwaltung, noch von den politischen Vertretern konkrete große Einsparmöglichkeiten benannt werden. Nach Auffassung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind dies z. B. das Apollo-Projekt und der Busbereitstellungsplatz.

◆ Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen nimmt

- a) von der Genehmigungsverfügung des Landrates des Kreises Siegen-Wittgenstein - als untere staatliche Verwaltungsbehörde - zur 8. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes (HSK) 1994 für das Haushaltsjahr 2002 sowie der in dieser Vorlage aus Sicht der Verwaltung für notwendig erachteten Bewertungen einzelner Feststellungen in der Genehmigungsverfügung

und

- b) von der Verfügung einer haushaltswirtschaftlichen Teilsperre gemäß § 28 GemHVO

Kenntnis.

9. Bebauungsplan Nr. 1 "Am Höhkopf" in Siegen-Feuersbach, 2. Änderung hier:

- Auf § 31 GO NW wird hingewiesen
- Aufstellungsbeschluss

Vorlagenr. 1963/2002 - Vorlage vom 27.05.2002

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt gem. § 2 (1) BauGB die Aufstellung der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 1 "Am Höhkopf" in Siegen-Feuersbach.

Das Plangebiet (siehe Übersichtsplan als Anlage zur Vorlage) liegt im Stadtteil Feuersbach an der Kirlestraße und ist größtenteils bebaut.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

10. Zusammenschluss der Sparkasse Siegen und der Stadtsparkasse Kreuztal

Vorlage Nr. 2001/2002 - Vorlage vom 05.06.2002

Die Erläuterungen von Herrn Prof. Dr. Holzäpfel in seiner Funktion als Vorsitzender des Verwaltungsrates der Sparkasse Siegen sind der Niederschrift als Anlage beige-fügt.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen

1. stimmt dem Beitritt der Stadt Kreuztal zum Sparkassen-Zweckverband der Städte Siegen und Netphen und der Gemeinde Wilnsdorf zu;
2. stimmt den Änderungen des öffentlich-rechtlichen Vertrages vom 25.05.1999 zu;
3. stimmt den Änderungen der Satzung des Sparkassen-Zweckverbandes vom 25.05.1999 zu;

4. nimmt den Entwurf der Satzung der Sparkasse Siegen zur Kenntnis.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen